



Berlin, 09.03.2024

GdP Empörung zur aktuellen Diskussion um österreichisches Rentensystem

Kopelke: Pensionen erhalten, Rente stärken

Berlin/Bremen. Angesichts der aktuellen Diskussion um Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, der sich offen für eine Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung auf zusätzliche Gruppen zeigt, bezieht die Gewerkschaft der Polizei (GdP) klar Stellung für den Erhalt von Pensionen und einer Stärkung der Rente.

„Die Bundesregierung ist sehr gut beraten, die Renten in Deutschland zu stärken und zugleich die Pensionen von uns Vollzugsbeamtinnen und -beamten zu erhalten“, reagiert der Bundesvorsitzende Jochen Kopelke empört.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vertritt über 200.000 Beschäftigte in den Sicherheitsbehörden, wie Polizei, Zoll, BKA und Verfassungsschutz. „Die Menschen in den Sicherheitsbehörden treten zu jeder Tages- und Nachtzeit für die Sicherheit aller Menschen in der Bundesrepublik ein. Diese Menschen verdienen angemessene Pensionen und Renten und angepasst kürzere Lebensarbeitszeiten. Egal ob verbeamtet oder angestellt, unsere Kolleginnen und Kollegen müssen abschlagsfrei und eher diese anspruchsvollen und gefährlichen Berufe beenden können“, fordert Kopelke. Der Bundesvorsitzende Jochen Kopelke und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil stehen hierzu im direkten Austausch.

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist derzeit besonders auffällig, dass gerade die Beschäftigten der Sicherheitsbehörden immer öfter zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte herangezogen werden sollen. Einsparungen bei der Bezahlung, Ignorieren von Verfassungsgerichtsurteilen, Abschmelzen der Versorgungsrücklagen der öffentlich Beschäftigten und sogar absichtliches Ausgrenzen von Pensionären und Rentner bei der Einkommensentwicklung oder Ausgleichszahlungen sind für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und ihre Mitglieder höchst problematische politische Vorgehensweisen.

Mit Blick auf die stark sinkenden Bewerberzahlen bei der Polizei und Sicherheitsbehörden braucht es nach Meinung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unbedingt und sofort ein Umdenken bei den Finanzministerinnen und Finanzministern in Bund und Ländern. „Steuereinnahmen sind genug da. Wir brauchen also eine Attraktivitätsoffensive für den Polizeiberuf und den Nachwuchs in Sicherheitsbehörden. Bessere Gehälter, höhere Gefahrenzulagen, mehr Wohnraum, Mobilität und Digitalisierung würden uns umgehend höhere Bewerber- und Einstellungszahlen ermöglichen“, rät der Bundesvorsitzende.

Rückblick

Bereits 2018 haben sich GdP und DGB klar und eindeutig gegen eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung ausgesprochen. Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes steht gegen eine Rentenversicherungspflicht der Beamten und ist von der Politik zu achten. Zudem wurde das Versorgungsniveau der Beamten bereits 1998 um über drei Prozent abgesenkt.

Kontakt:
Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand - Kommunikation
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-113
Mobil: 0172 2064568
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Internet: www.gdp.de
Facebook: GdP Bundesvorstand
Twitter: @GdPPresse